



COUNCIL OF EUROPE CONSEIL DE L'EUROPE

EUROPARAT

CPT/Inf/E (2002) 2
Deutsch / German / Allemand

Europäisches Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (CPT)



Das CPT in Kürze

Mandat

„Das Komitee prüft durch Besuche die Behandlung von Personen, denen die Freiheit entzogen ist, um erforderlichenfalls den Schutz dieser Personen vor Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe zu verstärken“.

(Artikel 1 der Europäischen Konvention zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe)

Prävention, eine Priorität

In den letzten Jahren legte der Europarat in seinen Bemühungen um die Menschenrechte verstärkt Gewicht auf die Prävention von Menschenrechtsverletzungen. Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention sieht vor, dass „Niemand der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden darf.“ Dies führte zum Entwurf der Europäischen Konvention zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe, die im Jahre 1987 zur Unterzeichnung aufgelegt wurde.

Die Konvention begründet ein nichtgerichtliches System präventiver Natur zum Schutz der Häftlinge. Es stützt sich auf Besuche des Europäischen Komitees zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (CPT). Das Sekretariat des CPT ist Teil des Generaldirektorats für Menschenrechte des Europarates.

Unabhängige Experten

Die Mitglieder des CPT sind unabhängige und unparteiische Experten aus verschiedenen Bereichen. Sie können zum Beispiel Rechtsanwälte, Ärzte und Fachleute des Gefängnis- oder Polizeiwesens sein. Sie werden für die Dauer von vier Jahren vom Ministerkomitee, dem Entscheidungsorgan des Europarates gewählt und können zweimal wiedergewählt werden. Für jeden Vertragsstaat wird ein Mitglied gewählt.

Das Besuchssystem

Das CPT besucht Haftanstalten (z.B. Gefängnisse und Jugendgefängnisse, Polizeireviere, Hafteinrichtungen für Ausländer und psychiatrische Kliniken), um zu prüfen, wie Personen, denen die Freiheit entzogen ist, behandelt werden und ggfs. den Staaten Verbesserungen vorzuschlagen.

Die Besuche werden von Delegationen durchgeführt, die in der Regel aus zwei oder mehr CPT-Mitgliedern bestehen, und werden von Mitgliedern des Sekretariats und ggfs. von Sachverständigen und Dolmetschern begleitet. Das gewählte Mitglied des besuchten Landes nimmt nicht an dem Besuch teil.

Die Delegationen des CPT besuchen die Vertragsstaaten in regelmäßigen Abständen, können jedoch zusätzlich „Ad-hoc“ Besuche organisieren, falls notwendig. Das Komitee notifiziert den betroffenen Staat, muss jedoch nicht genau angeben, wie viel Zeit zwischen der Notifikation und dem tatsächlichen Besuch liegt, der in Ausnahmefällen sofort nach der Notifikation erfolgen kann. Einwände der Regierungen gegen einen Besuch zu dem vorgeschlagenen Zeitpunkt oder an dem vorgeschlagenen Ort können nur aus Gründen der nationalen Verteidigung, öffentlichen Sicherheit, schwerer Störungen der Ordnung, Gesundheitszustand einer Person und einer dringenden Vernehmung in einer laufenden Ermittlung im Zusammenhang mit einer schweren Straftat erhoben werden. In solchen Fällen muss der Staat unverzüglich Schritte unternehmen, um dem Komitee so bald wie möglich einen Besuch zu ermöglichen.

Unbegrenzter Zugang

Nach der Konvention haben die Delegationen des CPT unbeschränkten Zugang zu allen Orten, an denen sich Personen befinden, denen die Freiheit entzogen ist, einschließlich des Rechts, sich innerhalb dieser Orte ungehindert zu bewegen. Sie befragen Personen, denen die Freiheit entzogen ist, ohne Zeugen und können sich ungehindert mit jeder Person in Verbindung setzen, die ihnen sachdienliche Auskünfte geben kann.

Die Empfehlungen, die das CPT, ausgehend von den bei dem Besuch festgestellten Tatsachen, abgeben kann, werden in einem Bericht zusammengefasst, der an den betroffenen Staat geschickt wird. Dieser Bericht ist der Ausgangspunkt für einen kontinuierlichen Dialog mit dem betroffenen Staat.

Zusammenarbeit und Vertraulichkeit

Das CPT verfolgt zwei Leitlinien: Zusammenarbeit und Vertraulichkeit. Die Zusammenarbeit mit der nationalen Behörde steht im Zentrum der Konvention, da es ihr Ziel ist, Personen zu schützen, denen die Freiheit entzogen ist und nicht den Staat wegen Missbrauch zu verurteilen. Das Komitee tagt daher unter Ausschluss der Öffentlichkeit und seine Berichte sind streng vertraulich. Trotzdem kann das CPT, wenn ein Land die Zusammenarbeit verweigert oder es ablehnt, die Lage im Sinne der Empfehlungen des Komitees zu verbessern, beschließen, dazu eine öffentliche Erklärung abzugeben.

Natürlich kann auch der Staat selbst die Veröffentlichung des Berichts des Komitees zusammen mit der Stellungnahme der betreffenden Vertragspartei verlangen. Zusätzlich verfasst das CPT jedes Jahr einen allgemeinen Bericht über seine Aktivitäten, der veröffentlicht wird.

Ratifizierung

Bislang wurde die Konvention von 44 Mitgliedstaaten des Europarates ratifiziert.

Das Protokoll Nr. 1, das am 1. März 2002 in Kraft trat, ermächtigt das Ministerkomitee des Europarates, jedem Nichtmitgliedstaat der Organisation die Möglichkeit zu geben, sich der Konvention anzuschließen.

Normen für die Behandlung von Häftlingen

Das CPT hat in den Jahren seiner Tätigkeit Normen für die Behandlung von Personen entwickelt, denen die Freiheit entzogen ist.

Die wesentlichen Normen wurden in der Broschüre "Die Standards des CPT" veröffentlicht.

Weitere Informationen:

Sekretariat des CPT
Menschenrechtsgebäude
Europarat
F-67075 Strasbourg Cedex
Frankreich

Tel.: +33 (0)3 88 41 39 39
Fax: +33 (0)3 88 41 27 72
E-mail: cptdoc@coe.int
Internet: www.cpt.coe.int

Straßburg, September 2002
Umschlagfoto: © CICR / MAYER, Till
